

Gestapo-Akten als Quelle

Die Stadt Petershagen will in Zusammenarbeit mit dem Geschichtsverein Minden ein Buch zur Ahnenstätte Seelenfeld herausgeben. Vorab gibt es neue Erkenntnisse.

PETERSHAGEN

Stadt plant Buch zur Ahnenstätte Seelenfeld

Die Stadt Petershagen will in Zusammenarbeit mit dem Mindener Geschichtsverein ein Buch zur Ahnenstätte Seelenfeld herausgeben. Dabei werden auch Gestapo-Akten mit regionalen Bezügen analysiert. Das Buch soll im Sommer erscheinen. **Seite 9**



Oliver Plöger

Petershagen-Seelenfeld. Die Stadt Petershagen will in Zusammenarbeit mit dem Mindener Geschichtsverein ein Buch zur Ahnenstätte Seelenfeld herausgeben. Die Informationen zu Geschichte und Gegenwart der von einem Trägerverein geführten Friedhofsstätte basieren auf der im Dezember 2019 vorgelegten Studie der Historiker Thomas Lange und Dr. Karsten Wilke. Die geplante Veröffentlichung soll neue Erkenntnisse enthalten, der Text werde noch einmal überarbeitet. So kündigte es Frank Quest aus der Sozial- und Schulverwaltung im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege an.

Bei den anstehenden Budgetberatungen sprach Quest von 6.000 Euro, die im laufenden Jahr für die „weitere Aufarbeitung der Angelegenheit Ahnenstätte“ ausgegeben werden sollen. „Ursprünglich war eine Podiumsdiskussion im vergangenen März geplant“, so Quest, der an den Ratsbeschluss vom Dezember 2019 erinnerte. Coronabedingt habe die vorgeschlagene Diskussion nicht stattfinden können. Weiterer Punkt sei eine zusätzliche Publizierung des Beitrags „Die Ahnenstätte Seelenfeld in Petershagen 1929 bis 2019 – Eine Manifestation völkischer Ideologie im ländlichen Raum“ gewesen. Seit etwa einem Jahr ist diese Studie auf der Homepage petershagen.de einsehbar.

An einer Publikation in gedruckter Form habe der Geschichtsverein Minden schon länger Interesse signalisiert, so Quest. „Dabei wird nicht einfach nur das bisher Bekannte in Druckform gebracht, sondern es wird um neue Erkenntnisse verfeinert.“ In oder nach den Sommerferien sollte die Druckvariante vorliegen, so Quest, wobei es auch hier noch zu Verzögerungen durch Corona kommen könnte. Sinnvoll sei es, die ursprünglich geplante Podiumsdiskussion nachzuholen, dann auf Grundlage der vorliegenden Veröffentlichung.

Die Tendenz der Studie werde sich nicht verändern, so Thomas Lange gestern auf MT-Anfrage. In der Tat werde der Text aber für den Druck noch einmal überarbeitet. Nach der Fassung, die im Dezember 2019 vorgelegt worden sei, seien neue Quellen aufgetaucht, und zwar aus der Zeit im



„Produkt der völkischen Bewegung“: Die Erkenntnisse über die Ahnenstätte Seelenfeld sollen im Sommer in Buchform erscheinen. MT-Archivfoto: Claudia Hyna

Die Tendenz der Studie werde sich laut Historiker Thomas Lange nicht verändern.

Nationalsozialismus, als der „Tannenbergbund“ und das so genannte Deutschvolk verboten waren. In der Studie heißt es wörtlich: „Die Ortsgruppe des Tannenbergbundes wurde 1929 in Seelenfeld gegründet, seit Anfang 1930

gab es auch Mitglieder dieses Bundes, die Mitglieder im Deutschvolk e.V. waren, sie stellten den inneren ideologischen Kreis, der sich auch später bei der Gründung der Ahnenstätte Seelenfeld als Gründungsgeneration hervortun sollte.“ Die jetzt genutzten allgemei-

nen Quellen, so Lange, hätten einen Bezug nach Ostwestfalen-Lippe, speziell gehe es um Akten der damaligen „Geheimen Staatspolizei“, kurz Gestapo.

Aktuell seien die neuen Ergebnisse noch nicht veröffentlichungsreif, hieß es im Ausschuss. Das bekräftigte auch Detlev Scheumann als Leiter der Sozialverwaltung: Für die Publikation brauche es einen Vorsprung. „Ansonsten wird man das Buch ja kaum verkaufen können“, so Scheumann.

In ihrem Abschlussbericht von 2019 hatten Lange und Wilke die Ahnenstätte als Produkt der „Völkischen Bewegung“ in der Zwischenkriegszeit eingeordnet. Um 1930 sollte eine religiöse Gegenwelt geschaffen werden. Die jüdenfeindliche Ideologie des Ex-Weltkriegsgenerals Erich Ludendorff und seiner Frau Mathilde sei dabei „planvoll durchgesetzt“ worden.

Nach wie vor gebe es auf dem Gelände Treffen rechtsextremer Akteure, bekannt zuletzt aus dem Jahr 2017. Vom Ahnenstättenverein Niedersachsen habe es – trotz mehrerer Anfragen – keine Akteneinsicht gegeben, auch MT-Anfragen blieben unbeantwortet.

Bekannt geworden waren die Treffen Rechtsextremer vor vier Jahren durch den Journalisten Julian Feldmann aus Kiel. Mindener Geschichtsverein, Arbeitsgemeinschaft Alte Synagoge Petershagen, LWL-Industriemuseum Glashütte Gernheim und der Verein „Minden – Für Demokratie und Vielfalt“ luden zu einer aufklärenden Veranstaltungsreihe ein. Die Stadt engagierte später die beiden Historiker.

Der Autor ist erreichbar unter Oliver.Ploeger@MT.de